

Ehrenamtliche organisieren Veranstaltungen zu Gleichberechtigung und Entgeltgleichheit

SoVD-Aktionen zum „Equal Pay Day“

Auch in diesem Jahr haben wieder viele SoVD-Engagierte anlässlich des „Equal Pay Day“, Aktionstag für Entgeltgleichheit, sowie zum „Internationalen Frauentag“ Aktionen oder Veranstaltungen in ihren Kreis- und Ortsverbänden organisiert und durchgeführt. In Vorträgen, Diskussionen und im gemeinsamen Austausch wurde der Blick auf die noch immer bestehenden Ungleichheiten und Herausforderungen in unserer Gesellschaft gelenkt. Gemeinsam mit Interessierten und Gästen wurde erörtert, welche politischen Maßnahmen es braucht, um etwa Entgeltgleichheit zu erlangen. Mit ihren Veranstaltungen erreichten die SoVD-Aktiven viele Frauen in den verschiedenen Ortsverbänden sowie auch weitere interessierte Nicht-Mitglieder.



Foto: Ilona Picker

Rund 80 aktive SoVD-Frauen kamen in Sievershausen zum Frauenfrühstück anlässlich des „Equal Pay Day“. Es gab unter anderem ein Grußwort der stellvertretenden Ortsbürgermeisterin Karen Elfers.



Foto: SoVD Hannover-Stadt

Engagierte aus dem Kreisverband Hannover-Stadt bei der Demo vor dem Ministerium.



Foto: SoVD Neu Wulmstorf

Auch beim Frauenfrühstück anlässlich des „Equal Pay Day“ spielte die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern eine Rolle. Auf den roten Taschen war eine entsprechende Forderung abgedruckt.



Foto: Marion Sperling

In Uelzen trafen sich engagierte Frauen und nahmen am Vortrag zum Thema Glück von Annika Schön teil. Dabei ging es auch darum, Frauen in ihren beruflichen Entscheidungen zu unterstützen.



Foto: SoVD Heidekreis

Im Heidekreis kamen zahlreiche Teilnehmende, um über Lohnungleichheit zu diskutieren.



Foto: SoVD Lüneburg

Zum „Equal Pay Day“ war der SoVD in Lüneburg mit einem Infostand in der Fußgängerzone vertreten. Besonders junge Frauen informierten sich und machten deutlich, wie wichtig das Thema ist.

Eigenanteil steigt in Niedersachsen immer weiter

Pflegebedürftige entlasten

Dramatische Entwicklung bei Pflegeheimkosten: Für Bewohner*innen von stationären Einrichtungen in Niedersachsen ist der Eigenanteil im Vergleich zu 2024 um zwölf Prozent gestiegen. Das zeigt eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen (vdek). Der SoVD in Niedersachsen fordert von der Landesregierung endlich schnelle Maßnahmen, damit dieser erschreckende Trend schnell gestoppt wird.

Wer in einem Pflegeheim lebt, muss einen Eigenanteil bezahlen. In Niedersachsen beträgt er momentan durchschnittlich 2.639 Euro monatlich. Seit Langem steigen diese Kosten kontinuierlich, im vergangenen Jahr erneut um 286 Euro. „Wir spüren diese Entwicklung auch ganz deutlich in unserer Beratung. Es kommen immer mehr verzweifelte Mitglieder zu uns, die nicht mehr wissen, wie sie ihren Platz im Pflegeheim bezahlen sollen. Viele von ihnen sind deshalb auf Sozialhilfe angewiesen“, so Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Für den größten Sozialverband in Niedersachsen ist das ein unhaltbarer Zustand. „Es kann nicht sein, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil der Ei-

genanteil derartig steigt“, sagt Swinke und ergänzt: „Diese Entwicklung gibt es nicht erst seit gestern. Die Politik kennt das Problem und die Sorgen der Betroffenen. Trotzdem sorgt sie nicht für Entlastung.“ Konkret fordert der SoVD zwei Dinge, um die Kostenexplosion einzudämmen: Das Land muss

wieder die Investitionskosten zahlen. Das würde die Pflegebedürftigen um rund 500 Euro im Monat entlasten. „Außerdem brauchen wir eine Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Das jetzige System ist überhaupt nicht mehr tragfähig“, betont der Vorstandsvorsitzende.



Foto: thodonal/Adobe Stock

Wer in einem Pflegeheim lebt, muss oft einen hohen Eigenanteil zahlen. Viele können sich das nicht mehr leisten.

Diskriminierung und Rassismus

SoVD fordert mehr Hilfe für Betroffene

Die aktuelle Leipziger Autoritarismus-Studie zeichnet ein erschreckendes Bild: Immer mehr Menschen in Deutschland verlieren ihr Vertrauen in die Demokratie und im Westen Deutschlands hat die Zustimmung zu ausländischerfeindlichen Aussagen zugenommen. Anlässlich des „Internationalen Tags gegen Rassismus“ am 21. März machte der SoVD in Niedersachsen deutlich, dass die Politik angesichts dieser Ergebnisse nicht die Hände in den Schoß legen dürfe, sondern mit konkreten Maßnahmen wieder den Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft stärken müsse.

„Dieser Trend ist besorgniserregend“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, im Hinblick auf die Autoritarismus-Studie und ergänzt: „Was wir jetzt brauchen, ist ein entschlossenes Handeln seitens der Politik – vor allem auch seitens der Landesregierung

und der Kommunen.“ Gerade mit Blick auf die Ergebnisse der vergangenen Bundestagswahl sei Tempo geboten, damit rechtsextremistischen Einstellungen nicht weiter Vorschub geleistet wird.

Deshalb fordert der SoVD mehr Programme in Schulen, die Toleranz, Vielfalt und demokratische Werte vermitteln. Zudem seien mehr Präventionsprojekte und regelmäßige Schulungen für Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen notwendig. „Besonders wichtig ist aber auch die Unterstützung derjenigen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Sie brauchen bestmöglichen Schutz. Deshalb müssen Beratungsangebote in Niedersachsen massiv ausgebaut werden“, fordert Swinke. Hier gebe es großen Nachholbedarf. „Wir müssen dafür sorgen, dass unser Miteinander wieder enger wird und wir uns nicht weiter voneinander entfernen“, so der Vorstandsvorsitzende.